

Der Bundesvoranschlag 1955

Der Bundesvoranschlag 1955 sieht *Ausgaben* von 24.773 Mill. S vor, davon 23.043 Mill. S im ordentlichen Haushalt und 1.730 Mill. S im außerordentlichen Haushalt. Die laufenden *Einnahmen* werden auf 22.173 Mill. S geschätzt. 870 Mill. S Ausgaben in der ordentlichen Gebarung und 1.730 Mill. S außerordentliche Ausgaben sind vorläufig nicht durch laufende Einnahmen gedeckt. Das nach allfälligen Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen verbleibende Defizit soll aus Kassenreserven und durch Kreditoperationen finanziert werden. Das Bundesfinanzgesetz ermächtigt den Finanzminister, für diesen Zweck Anleihen bis zu 2 Mrd. S aufzunehmen.

Der Bundesvoranschlag 1955

	Mill. S	Differenz zum Bundesvoranschlag 1954
Ordentliche Gebarung		
Ausgaben	23.043	+ 1.677
Einnahmen	22.173	+ 1.460
Abgang	870	+ 217
Außerordentliche Gebarung	1.730	+ 571
Gesamtanhang	2.600	+ 788

Mehrausgaben für Personal und Investitionen

Die für 1955 vorgesehenen Ausgaben von 24.773 Mill. S sind um 2.248 Mill. S oder 10% höher als im Voranschlag 1954. Die Mehrausgaben bestehen je zur Hälfte aus Personalausgaben und Investitionen. Bei den übrigen Ausgabengruppen ergeben sich nur verhältnismäßig geringe Veränderungen, die einander die Waage halten.

Struktur der Bundesausgaben

	Voranschlag 1954	Voranschlag 1955	Differenz
	Mill. S		
Löhne und Gehälter ¹⁾	5.863	6.565	+ 702
Pensionen ²⁾	3.035	3.402	+ 367
Renten, Unterstützungen usw. ³⁾	4.533	4.806	+ 273
Landwirtschaftl. Preisstützungen	1.117	812	— 305
Staatschuld	605	482	— 123
Investitionen und investitionsähnliche Ausgaben ⁴⁾	3.541	4.616	+ 1.075
Laufender und sonstiger Sachaufwand der Hoheitsverwaltung	1.800	1.917	+ 117
Sachl. Betriebsausgaben der Monopole	2.032	2.173	+ 141
Gesamtausgaben	22.526	24.773	+ 2.247

¹⁾ Hoheitsverwaltung, Monopole und Betriebe. — ²⁾ Ohne Arbeiterlöhne, welche in den Ausgaben für Bruttoinvestitionen enthalten sind (1954: 50 Mill. S, 1955: 68 Mill. S). — ³⁾ Einschl. Bundeszuschuß zum Rentenaufwand der Sozialversicherungsinstitute.

Für aktive und pensionierte *Bedienstete des Bundes* sind 10.035 Mill. S Gehälter und Pensionen vorgesehen, um 1.119 Mill. S oder 13% mehr als im Voranschlag 1954. Die höheren Personalausgaben berücksichtigen die zweite Etappe des Nachziehverfahrens ab Oktober 1954, die Erhöhung der Wohnbauförderungsbeiträge und der Sozialversicherungsbeiträge ab August 1954, weiter die für Mitte 1955 geplante Beitragserhöhung in der Rentenversicherung und die inzwischen auf Mitte 1955 vorverlegte dritte Etappe des Nachziehverfahrens ab Dezember 1955.

Der Personalstand wird etwas erhöht. Der Bund wird 270.405 aktive Bedienstete oder rund 13% aller unselbständig Erwerbstätigen beschäftigen (gegen 264.225 im Jahre 1954) und für 199.048 Pensionisten (195.634) sorgen. Außer 1.084 pragmatisierten Beamten werden 5.096 nichtsystemisierte Vertragsbedienstete neu eingestellt, die meist nur vorübergehend vom Bund beschäftigt werden (sie entsprechen 1.937 vollbeschäftigten Arbeitskräften). Die höhere Zahl von Pensionisten geht auf das Bonner Regierungsabkommen vom Jahre 1953 zurück. Es verpflichtet den Bund, außerordentliche Versorgungsgenüsse an 3.792 Volksdeutsche und andere Heimatvertriebene zu gewähren.

Personalstände und Personalaufwand

	Bundesvoranschlag 1955		Veränderungen gegenüber dem Bundesvoranschlag 1954	
	Stand	Aufwand in Mill. S	Stand	Aufwand in Mill. S
1. Aktive Bedienstete ¹⁾				
Hoheitsverwaltung	139.471	3.557'7	+ 5.972	+ 435'1
Monopole	1.828	39'8	— 18	+ 4'0
Bundesbetriebe				
Post	39.666	936'1	+ 266	+ 99'7
Bahn	77.686	1.826'2	— 110	+ 179'6
Sonstige	11.754	272'9	+ 70	+ 33'9
Zusammen	270.405	6.632'7 ²⁾	+ 6.180	+ 752'3
2. Pensionisten				
Hoheitsverwaltung	80.388	1.542'2	+ 3.708	+ 186'4
Monopole	2.466	26'5	— 26	+ 2'3
Bundesbetriebe				
Post	22.780	379'6	—	+ 29'8
Bahn	88.365	1.391'1	— 202	+ 144'6
Sonstige	5.049	62'5	— 66	+ 3'5
Zusammen	199.048	3.401'9 ⁴⁾	+ 3.414	+ 366'6
Aktive Bedienstete und Pensionisten insgesamt	469.453	10.034'6 ³⁾	+ 9.594	+ 1.118'9

¹⁾ Beamte, Vertragsangestellte, Arbeiter. — ²⁾ Einschließlich der in den Zweckkrediten des Sachaufwandes veranschlagten Arbeiterlöhne (82'7 Mill. S), der Gehalts- und Lohnvorschüsse (87'8 Mill. S) und Arbeiterlöhne in den Ausgaben für Bruttoinvestitionen (67'8 Mill. S). — ³⁾ Davon 5.096 kollektivvertraglich entlohnte, nicht ständige Arbeiter und Vertragsbedienstete. — ⁴⁾ Einschließlich Pensionsvorschüsse (2 Mill. S).

Für *Investitionen* und investitionsähnliche Ausgaben (einschließlich Instandhaltung) werden im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt 4.616 Mill. S bereitgestellt, um 1.075 Mill. S oder 30% mehr als im Voranschlag 1954. Außerdem können die Ressorts erstmalig über die für 1955 bewilligten Ausgabenkredite hinaus zusätzliche Verpflichtungen in Höhe von 1.452 Mill. S eingehen, die zu Lasten der kommenden Budgets verrechnet werden. Diese Maßnahme erleichtert es den öffentlichen Stellen, ihre Investitionen auf längere Sicht zu planen und die Aufträge so rechtzeitig zu vergeben, daß die für ein Budgetjahr verfügbaren Finanzierungsmittel — auch bei Engpässen und längeren Lieferfristen — optimal ausgenutzt werden können. Ein Teil der zulässigen Vorgriffe auf das Budget 1956 wird bereits im kommenden Jahr monetär wirksam werden.

Investitionen und investitionsähnliche Ausgaben

	Brutto- investitionen	Bundesvoranschlag 1955 Instand- haltung	Ins- gesamt	Veränderungen gegenüber dem Bundesvor- anschlag 1954
	Mill. S	Mill. S	Mill. S	
A. Hoheitsverwaltung				
Straßen und Brücken	859	60	919	+ 413
Hochbauten	114	240	354	+ 61
Wasserbauten	37	35	72	+ 19
Sonstige Bauten	4	23	27	+ 12
Maschinen und Fahrzeuge	49	12	61	+ 28
Inventar	110	20	130	+ 39
Zusammen	1.173	390	1.563	+ 572
B. Monopole und Betriebe				
Anlagen	1.782	494	2.276	+ 383
Inventar und Sonstiges	3	55	58	— 84
Zusammen	1.785	549	2.334	+ 299
Summe A + B				
Bruttoinvestitionen und Instandhaltung insgesamt ...	2.958	939	3.897	+ 871
C. Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft				
Land- und Forstwirtschaft			211	+ 33
Übrige Wirtschaft			282	+ 116
Wohnungsbau			200	+ 56
Länder und Gemeinden			26	— 1
Zusammen			719	+ 204
Investitionen und investi- tionsähnliche Ausgaben insgesamt				
			4.616	+ 1.075

Von den für Investitionen und investitionsähnliche Zwecke vorgesehenen 4,6 Mrd. S werden 1.563 Mill. S (34%) von der Hoheitsverwaltung hauptsächlich für Straßen, Brücken und Hochbauten verwendet. In dieser Summe sind auch 450 Mill. S für den Ausbau der Autobahn enthalten. Die Bundesbetriebe investieren 2.334 Mill. S (50%), davon 922 Mill. S im Rahmen des 10-Jahres-Investitionsprogrammes von Bahn und Post. Die restlichen Mittel von 719 Mill. S (16%) werden vom Bund anderen Bereichen der Wirtschaft (Land- und Forstwirtschaft, gewerbliche Wirtschaft, Wohnbau, Länder

und Gemeinden) für Investitionen zur Verfügung gestellt. Diese Förderungsbeiträge werden meist à fonds perdu und nur zu einem geringen Teil (163 Mill. S) in Form rückzahlbarer Darlehen gewährt.

Außer den im Voranschlag enthaltenen Investitionen wird der Bund 250 Mill. S den Gemeinden zur Wohnbauförderung zur Verfügung stellen und etwa 1,5 Mrd. S außerbudgetäre Mittel über die beiden Wohnbaufonds vergeben. Insgesamt werden daher — ohne ERP-Kredite, deren Höhe bisher noch nicht bekannt ist — rund 6,3 Mrd. S Bundesmittel für investitionsähnliche Zwecke ausgegeben werden, um 1,3 Mrd. S oder 26% mehr als im Jahre 1954. Etwa die Hälfte dieser Summe kann nach den Einnahmeschätzungen des Voranschlages aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen finanziert werden.

Investitionsfinanzierung aus Bundesmitteln

	Voranschlag 1954 ¹⁾ Mill. S	%	Voranschlag 1955 Mill. S	%	Differenz
Verteilung durch					
Budget	3.541		4.616		+ 1.075
Außerbudgetäre Wohn- baufonds ²⁾	1.450		1.720		+ 270
zusammen ...	4.991		6.336		+ 1.345
Voraussichtliche Finanzierungsquellen					
Steuermittel des Budgets ³⁾ ..	1.702		2.052		+ 350
Steuerähnliche Einnahmen der Wohnbaufonds ⁴⁾	790	50	1.120	50	+ 330
ERP-Mittel ⁵⁾	26	0	73	1	+ 47
Sonstige (Anleihen oder kurzfristige Kredit- operationen, ⁶⁾	2.473	50	3.091	49	+ 618

¹⁾ Ohne ERP-Freigaben. — ²⁾ Wohnhauswiederaufbaufonds u. Bundes-Wohn-u. Siedlungsfonds. — ³⁾ Investitionsausgaben im ordentl. Haushalt, abzgl. eines Betrages, welcher dem Abgang im ordentlichen Haushalt lt. Voranschlag entspricht. — ⁴⁾ Wohnhauswiederaufbaubeiträge, Maiselschilling sowie die neuen Wohnbauförderungsbeiträge von Einkommen; außerdem wirksame Anleiheerlöse u. Vorfinanzierungen, abzgl. der fälligen Rückzahlungsquoten. — ⁵⁾ Wiederverwendung von Rückflüssen. — ⁶⁾ Einschließlich der wirksamen Anleiheerlöse u. Vorfinanzierungen der Wohnbaufonds.

Im Vergleich zu den Personalausgaben und den Investitionen verändern sich die übrigen Ausgabenposten nur wenig. Der *Sachaufwand der Bundesbetriebe* steigt um 141 Mill. S auf 2.173 Mill. S, der Aufwand für *Renten* und andere öffentliche *Unterstützungen* um 273 Mill. S auf 4.806 Mill. S, hauptsächlich weil der Bund das durch die Rentennachziehung vergrößerte Defizit der Sozialversicherung¹⁾ decken und mehr für Kinderbeihilfen bereit-

¹⁾ Der Bund finanziert 20% der Sozialrenten und deckt außerdem die Defizite der Invalidenversicherung, so weit sie 10% des Rentenaufwandes nicht übersteigen. Während der unmittelbare Beitrag des Bundes zum Rentenaufwand durch das Rentenbemessungsgesetz vom 6. Juni 1954 von 25% auf 20% herabgesetzt wurde und daher trotz höheren Renten absolut gleichbleiben wird, mußten die Ansätze für die Ausfallhaftung des Bundes von 253 Mill. S auf 440 Mill. S erhöht werden.

stellen muß. Für Arbeitslosenunterstützungen wurden 1.057 Mill. S vorgesehen, um 33 Mill. S weniger als im Voranschlag 1954. Einschließlich der Pensionen für Bundesbedienstete erreichen die gesamten sozialen Transferzahlungen im Voranschlag 1955 8,2 Mrd. S oder 33% der Gesamtausgaben.

Renten und andere öffentliche Unterstützungen

	Bundesvoranschlag 1954	1955 Mill. S	Differenz
Kinder- und Ernährungsbeihilfen	1.173	1.253	+ 80
Arbeitslosenunterstützung	1.090	1.057	- 33
Kriegsopferfürsorge	953	961	+ 8
Kleinrentner	34	35	+ 1
Opferfürsorge	38	41	+ 3
Haftentschädigung	50	32	- 18
Wiedergutmachung an politisch Geschädigte	14	12	- 2
Sonstige Stipendien etc.)	4	7	+ 3
Zusammen....	3.355	3.397	+ 42
Bundesbeitrag zum Rentenaufwand der Sozialversicherung	1.178	1.409	+ 231
Soziale Transfersammlungen an Haushalte insgesamt	4.533	4.806	+ 273

Diesen Mehrausgaben stehen Einsparungen bei den Preisstützungen und beim Anleihendienst für Staatsschulden gegenüber. Der Bedarf an *Subventionen* für landwirtschaftliche Produkte wird auf Grund der tatsächlichen Ausgaben im Jahre 1954 für 1955 auf 812 Mill. S geschätzt, während im Voranschlag 1954 für diesen Zweck noch 1.117 Mill. S vorgesehen waren. 55% der Mittel sollen zur Stützung heimischer Nahrungsmittel, 41% für Importverbilligungen und 4% für Lagerspesen verwendet werden. Die Kosten der *Staatsschuld* wurden mit 482 Mill. S um 123 Mill. S niedriger veranschlagt als im Voranschlag 1954, da die günstige Kassenlage dem Bund im Jahre 1954 erlaubte, kurzfristige Verpflichtungen in größerem

Landwirtschaftliche Preisstützungen

	Bundesvoranschlag 1954			Bundesvoranschlag 1955		
	Menge 1.000 t	Stützung S je kg	Mill. S	Menge 1.000 t	Stützung S je kg	Mill. S
Inland						
Weizen	200	0'50	100	230	0'50	115
Roggen	160	0'50	80	180	0'50	90
Milch	1'3 ¹⁾	0'20 ¹⁾	260	1'2 ¹⁾	0'20 ¹⁾	240
Zusammen	—	—	440	—	—	445
Importe						
Weizen	292	1'00	292	70	0'55	107
Roggen	48	0'75	36	40	0'16	6
Düngemittel	280	0'30	84	345	0'31	107
Futtergetreide	330	0'55	182	330	0'33	110
Ölkuchen	55	0'60	33	—	—	—
Zusammen....	—	—	627	—	—	330
Lagerkosten und Nebenspesen						
Brotgetreide (Importe, Inlandsaufbringung)			42			34
Futtergetreide (Importe)			8			3
Zusammen....			50			37
Landwirtschaftliche Preisstützungen insges.			1.117			812

¹⁾ Menge in Mill. t; Stützung in S pro t.

Umfange zu tilgen. Der Zinsendienst ist mit 241 Mill. S etwa gleich hoch wie im Jahre 1954.

Höhere Einnahmen dank guter Konjunktur

Wiewohl im Jahre 1955 verschiedene Steuern gesenkt und für außerbudgetäre Zwecke abgezweigt werden, erwartet der Bund laufende Einnahmen von 22.173 Mill. S, um 1.460 Mill. S oder 7% mehr als im Voranschlag 1954. Die Mehreinnahmen werden ausschließlich aus der vermutlich anhaltend guten Konjunktur erwartet. Sie verteilen sich annähernd proportional auf die wichtigsten Einnahmengruppen: Steuern, steuerähnliche Abgaben, laufende Verwaltungseinnahmen und erwerbswirtschaftliche Einkünfte der Betriebe.

Struktur der Bundeseinnahmen

	Voranschlag 1954	Voranschlag 1955	Differenz
Steuern	10.851	11.514	+ 664
Steuerähnliche Einnahmen	1.953	2.134	+ 181
Sonstige Einnahmen der Hoheits- verwaltung	1.286	1.514	+ 227
Betriebseinnahmen der Bundes- monopole und Betriebe	6.623	7.011	+ 388
Gesamteinnahmen ...	20.713	22.173	+ 1.460

Der Bruttoertrag an *Bundessteuern* wurde für 1955 mit 16.828 Mill. S veranschlagt gegen 15.173 Mill. S im Voranschlag 1954. Die Ertragsschätzung baut auf der Entwicklung der Einnahmen im Jahre 1954 auf — auf Grund der Ergebnisse der ersten drei Quartale dürften heuer um etwa 1.700 Mill. S mehr Steuern eingehen, als im Voranschlag angenommen worden war — und stellt außerdem eine weitere Wirtschaftsbelebung im Jahre 1955 in Rechnung. Andererseits waren größere Abstriche infolge verschiedener Steuerermäßigungen notwendig. Die Einkommensteuer wurden Anfang 1954 kräftig gesenkt und wird Anfang 1955 weiter ermäßigt werden. Die Aufbringungsumlage und der Besatzungskostenbeitrag vom Vermögen wurde aufgehoben und die Besatzungskostenbeiträge vom Einkommen werden anderweitig verwendet (50% für die Wohnbauförderung der Gemeinden, 30% für den Familienlastenausgleich und 20% für Steuerensenkungen).

Diese Steuerermäßigungen sind Bestandteile einer auf längere Sicht planenden Steuerpolitik, die durch steuerliche Entlastung der Erwerbstätigen Leistungsanreize schaffen und die Kapitalbildung fördern will.

Der Einnahmefall, den die Steuerensenkungen zumindest vorübergehend verursachen, spiegelt sich in den Ansätzen für die direkten Steuern wider. Ihr Ertrag wurde mit 6.897 Mill. S um rd. 450 Mill. S niedri-

Erträge der Bundessteuern

	Voranschlag 1954	Voraussicht- licher Erfolg 1954 ¹⁾	Voranschlag 1955
		Mill. S	
Direkte Steuern insgesamt	6.575	7.347	6.897
davon			
Einkommensteuer	2.000	2.362	2.400
Lohnsteuer	1.750	1.342	1.400
Körperschaftsteuer	850	1.003	960
Vermögenssteuer und Aufbringungs- umlage	100	205	200
Gewerbesteuer	1.200	1.585	1.500
Besatzungskostenbeiträge	650	824	10
Beitrag vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleichs	—	—	400
Übrige	0	26	27
Umsatzsteuer, einschl. Bundeszuschlag ..	4.350	4.796	5.025
Zölle	550	898	830
Verbrauchssteuern insgesamt	2.136	2.110	2.251
davon			
Tabaksteuer + Aufbauschlag	1.195	1.106	1.140
Mineralölsteuer + Bundeszuschlag ...	544	593	713
Biersteuer und Sonderabgabe	280	292	280
Übrige	117	119	118
Gebühren und Verkehrssteuern insgesamt	1.482	1.666	1.725
davon			
Stempel- und Rechtsgebühren	949	1.061	1.088
Beförderungsteuer	210	239	220
Übrige	323	366	417
Nebengebühren und Abgabestrafen	80	98	100
Öffentliche Abgaben insgesamt	15.173	16.915	16.828
Überweisungen an Länder u. Gemeinden	4.322	4.994	5.314
Bundeseinnahmen aus öffentl. Abgaben	10.851	11.921	11.514

¹⁾ Geschätzt auf Grund der Erfolge Jänner bis September.

ger veranschlagt als der voraussichtliche Erfolg 1954, wiewohl sich die Ermäßigung der veranlagten Einkommensteuer im Jahre 1955 erst teilweise auswirken wird. Diese Mindereinnahmen werden jedoch dadurch mehr als wettgemacht, daß die indirekten Steuern mit fortschreitender Konjunkturbelebung höhere Erträge abwerfen. Der Bund erwartet im Jahre 1955 Einnahmen aus indirekten Steuern in Höhe von 9.931 Mill. S, um 1.333 Mill. S mehr als im Voranschlag 1954 und um rd. 360 Mill. S mehr als der

voraussichtliche Erfolg 1954. Über die Hälfte des Aufkommens an indirekten Steuern stammt aus der Umsatzsteuer, die die weitaus ergiebigste Steuer überhaupt ist. Daneben gewinnen dank der fortschreitenden Motorisierung und der Aktivierung der Zollpolitik die Mineralölsteuer und die Zölle eine wachsende Bedeutung. Auf diese beiden vor wenigen Jahren noch völlig unergiebigsten Steuern entfallen 9% des gesamten Steueraufkommens. Die verschiedene Ertragsentwicklung bei den direkten und indirekten Steuern führt zu einer merklichen Verschiebung in der Steuerstruktur. Der Anteil der direkten Steuern am Steueraufkommen, der in den Jahren 1946 bis 1950 nur knapp unter 50% lag, dürfte im Jahre 1954 nur noch 43% erreichen und im Jahre 1955 weiter auf 41% sinken. Er ist aber noch immer bedeutend höher als unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg.

Der *Finanzausgleich* zwischen Bund und Gebietskörperschaften wird im Jahre 1955 nach den gleichen Grundsätzen geregelt wie bisher (die von den Gemeinden geforderte Neuordnung kam nicht zustande). Die Überweisungen des Bundes werden allerdings mit 5.314 Mill. S oder 32% des Bruttoertrages an öffentlichen Abgaben absolut und relativ größer sein als im Jahre 1954 (laut Voranschlag 4.323 Mill. S oder 28%), da die in Wohnbauförderungsbeiträge umgewandelte Besatzungskostensteuer den Gemeinden für Wohnbauzwecke zur Verfügung gestellt wird.

Außer dem im Kapitel „öffentliche Abgaben“ veranschlagten Steuern erwartet der Bund *steuerähnliche Einnahmen* von 2,1 Mrd. S, um 0,2 Mrd. S mehr als im Vorjahr. Am meisten (1.250 Mill. S) bringen die Dienstgeberbeiträge für Kinderbeihilfen ein. Außerdem werden 672 Mill. S Arbeitslosenversicherungsbeiträge, 190 Mill. S Sonderbeiträge nach dem Wohnungsbeihilfengesetz, 5 Mill. S Bundesanteil

Gebärung der erwerbswirtschaftlichen Betriebe

	Bundesvoranschlag 1954		Bundesvoranschlag 1955		AO.	
	Betriebserfolg Defizit (—) Überschuß (+)	AO. Aufwand	Betriebs- einnahmen	Betriebs- ausgaben	Betriebserfolg Defizit (—) Überschuß (+)	AO. Aufwand
	Mill. S					
1. Monopole						
Salz	+ 3'6	—	150'4	136'0	+ 14'4	—
Lotterien	+ 42'6	—	240'1	197'2	+ 42'9	—
Branntwein	+ 83'5	—	237'2	127'4	+ 109'8	—
Zusammen	+ 129'7	—	627'7	460'6	+ 167'1	—
2. Bundesbetriebe						
Post	— 82'7	283'5	1.840'8	2.041'5	— 200'7	377'1
Rundfunk	—	25'0	141'5	141'5	—	—
Bundesforste	+ 11'2	25'0	296'0	267'2	+ 28'8	25'0
Bundestheater	— 60'5	70'0	31'6	98'8 ¹⁾	— 67'2	65'7
Bahn	— 941'3	547'5	3.986'2	5.114'3 ²⁾	— 1.128'1	684'0
Sonstige ³⁾	— 0'1	—	87'4	86'3	+ 1'1	—
Zusammen	— 1.073'4	926'0	6.383'5	7.749'6	— 1.366'1	1.151'8
Monopole und Betriebe insges. amt.	— 943'7	926'0	7.011'2	8.210'2	— 1.199'0	1.151'8
Aus Betriebseinnahmen nicht gedeckte Ausgaben	1.869'7		2.350'8			

¹⁾ Einschl. Kosten der Wiedereröffnung der Bundestheater (7'5 Mill. S). — ²⁾ Einschl. Leistungen an die Südbahn und an Lokalbahnen (15'4 Mill. S gesetzliche Verpflichtungen). — ³⁾ Staatsdruckerei, Hauptmünzamt, Bundesapotheke, Serotherapeutisches Institut.

am Kulturgroschen und 10 Mill. S Kunstförderungsbeiträge erwartet. Alle diese Einnahmen sind zweckgebunden und werden für soziale Transferzahlungen (z. B. Arbeitslosenunterstützungen und Kinderbeihilfen) oder für Subventionen verwendet.

Die *erwerbswirtschaftlichen Betriebe* des Bundes rechnen für 1955 mit Einnahmen von 7.011 Mill. S, um 388 Mill. S mehr als im Voranschlag 1954. Die Mehreinnahmen betragen bei den Monopolen 48 Mill. S, bei der Post 82 Mill. S, bei den Bundesforsten 53 Mill. S und bei den Bundesbahnen 182 Mill. S. Trotz der guten Konjunktur weisen die Betriebe ein Defizit in der laufenden Gebarung von 1.199 Mill. S auf, gegen 944 Mill. S im Vorjahre, das aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt werden muß. Nur die Monopole und die Bundesforste sind aktiv. Besonders stark sind die Bundesbahnen und die Post passiv, die nur 78% und 90% ihrer Betriebsausgaben durch laufende Einnahmen decken können. Eine der Hauptursachen der ungünstigen Ertragslage ist die hohe Pensionslast¹⁾. Die Bundesbetriebe müssen bei 130.934 aktiven Bediensteten für 118.660 Pensionisten sorgen; einzelne Betriebe haben sogar mehr Pensionisten als aktiv Bedienstete. Die Defizite werden vermutlich erst dann nennenswert gesenkt werden können, wenn sich ein annähernd normales Verhältnis zwischen Aktiven und Pensionisten eingespielt haben wird und die hohen Investitionen — im Jahre 1955 werden die Betriebe 1.182 Mill. S im ordentlichen und 1.152 Mill. S im außerordentlichen Haushalt investieren — Früchte tragen.

Zur ökonomischen Interpretation des Bundesvoranschlages

Aus dem Zahlengebäude des Voranschlages dürfen nur sehr vorsichtig Schlüsse auf die voraussichtlichen ökonomischen Auswirkungen des Budgets gezogen werden. Zwischen der Erstellung des Voranschlages (im Spätsommer) und dem Inkrafttreten des Budgets ändert sich häufig die ökonomische Konstellation oder es werden gesetzliche Maßnahmen beschlossen, die unmittelbar oder mittelbar das Budget beeinflussen. So waren z. B. heuer im Sommer Stärke und Tempo des Konjunkturaufschwungs noch nicht verlässlich vorauszusehen. Auch die Vorverlegung der dritten Etappe des Nachziehverfahrens auf Mitte 1955 und die Senkung der Einkommensteuer für 1955 konnten im Voranschlag nicht mehr ausreichend berücksichtigt werden.

¹⁾ Ohne Pensionslast wären alle Betriebe, mit Ausnahme der Bundestheater, aktiv.

Dazu kommt, daß die Budgetpolitik stets vorsichtig operiert und im Zweifelsfall die Verpflichtungen lieber zu hoch und die Einnahmen zu niedrig einschätzt. Die Verwaltung sichert sich damit vor unliebsamen Überraschungen und kann die wachsenden Ansprüche der einzelnen Ressorts und Interessengruppen leichter mit den Einnahmemöglichkeiten des Staates in Einklang bringen. In den Jahren 1946 bis 1953 wurde z. B. im ordentlichen Haushalt ein Überschuß von durchschnittlich 31 Mill. S veranschlagt, tatsächlich jedoch ein Überschuß von durchschnittlich 443 Mill. S erzielt. Nur zweimal — in den Jahren 1948 und 1952 — stimmten Voranschlag und Ergebnis weitgehend überein: Im Jahre 1948 gingen verhältnismäßig wenig Steuern ein, da die Steuerzahler ihre Steuerschulden größtenteils noch im Jahre 1947 vor dem Währungsschutzgesetz gezahlt hatten, und im Jahre 1952 bot das Mitte 1952 erstellte Nachtragsbudget die Möglichkeit, den Voranschlag den Ergebnissen des 1. Halbjahres anzupassen. Größere stille Reserven enthielt der Voranschlag 1954. Wiewohl nach ihm 653 Mill. S ordentliche Ausgaben und 1.160 Mill. S außerordentliche Ausgaben nicht durch laufende Einnahmen gedeckt waren und das Budget zusätzliche Belastungen übernehmen mußte, ist nach den bisher vorliegenden Ergebnissen eine ausgeglichene Gesamtgebarung zu erwarten.

Auch im Jahre 1955 wird der Staatshaushalt voraussichtlich günstiger abschneiden, als der Voranschlag vermuten läßt. Stille Reserven enthält zunächst der mit 1.057 Mill. S bezifferte Aufwand an Arbeitslosenunterstützungen und Notstandshilfe, der auf Basis von 140.000 Unterstützungsberechtigten kalkuliert wurde. Da bereits heuer die Zahl der unterstützten Arbeitslosen trotz der ungünstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt zu Jahresbeginn auf durchschnittlich 130.000 gedrückt werden konnte, wird der Bund im Jahre 1955 — sofern nicht ein empfindlicher Konjunkturrückschlag erfolgt — höchstens für 120.000 Arbeitslose sorgen müssen. Er wird daher gegenüber dem Voranschlag mindestens 150 Mill. S einsparen.

Auffallend vorsichtig wurden weiters die Einnahmen der erwerbswirtschaftlichen Monopole und Betriebe geschätzt. Die Betriebseinnahmen der Bundesbahnen z. B. wurden für 1955 nur mit 3.990 Mill. S veranschlagt, wiewohl der voraussichtliche Kassenerfolg im Jahre 1954 rund 4.200 Mill. S erreichen dürfte. Selbst unter der verhältnismäßig ungünstigen Annahme, daß das Sozialprodukt und die damit eng zusammenhängende Nachfrage nach Verkehrsleistungen nicht mehr weiter wächst, ist mit Mehreinnahmen von etwa 300 Mill. S zu rechnen.

Schwieriger sind die Steuereingänge zu beurteilen. Im Gegensatz zum Voranschlag 1954, der den Ertrag an öffentlichen Abgaben um 818 Mill. S oder 5% unter den tatsächlichen Ergebnissen des Jahres 1953 angesetzt und somit offensichtlich unterschätzt hatte, entsprechen die für 1955 veranschlagten Steuereinnahmen in der Höhe von 16'8 Mrd. S annähernd dem voraussichtlichen Steueraufkommen des Jahres 1954. Auch darf nicht übersehen werden, daß im Jahre 1955 die veranlagten Steuern auf Grund der verhältnismäßig niedrigen Gewinne 1953 gezahlt werden und verschiedene Steuersenkungen das Steueraufkommen schmälern werden. Trotzdem dürften auch hier stille Reserven bestehen, die sich allerdings ohne genauere Untersuchung der einzelnen Steuern und ohne zusätzliche Informationen über Steuerrückstände und andere das Steueraufkommen beeinflussende Tatbestände nur schwer quantifizieren lassen.

Mit einem günstigeren Ergebnis als im Voranschlag darf folglich gerechnet werden. Andererseits werden die Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen voraussichtlich nicht so groß sein, daß der Gesamthaushalt ebenso wie in den Jahren 1953 und 1954 vollkommen ausgeglichen werden kann. Gegen eine zu optimistische Beurteilung der Budgetlage spricht, daß der veranschlagte Gesamtabgang größer ist als in den Vorjahren — 2'6 Mrd. S gegen 1'8 Mrd. S und 0'5 Mrd. S in den Jahren 1954 und 1953 — und daß die geringen Reserven an Produktivkräften künftig nur noch ein verhältnismäßig langsames Wachstum des Sozialproduktes zulassen werden. Auch die im Voranschlag noch nicht berücksichtigten zusätzlich Belastungen (Vorziehung der dritten Etappe des Nachziehverfahrens auf Mitte 1955 und Senkung der Einkommensteuer) dürfen bei einer realistischen Interpretation des Budgets nicht übersehen werden. Wahrscheinlich werden die im Voranschlag enthaltenen stillen Reserven knapp ausreichen, das Gleichgewicht im ordentlichen Haushalt zu sichern, aber nichts oder nur wenig zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben beitragen.

Zu dem gleichen Ergebnis führt eine andere Überlegung. Eine nähere Analyse zeigt, daß die überaus rasch günstige Gebarung des Bundeshaushaltes in den Jahren 1953 und 1954 grobteils Sonderkonstellationen zu verdanken war. Im Jahre 1953 zog der Staat aus der Stabilisierung der Währung Nutzen. Die veranlagten direkten Steuern, die in der Regel auf Grund der Gewinne von zwei Jahren gezahlt werden, warfen zum ersten Male seit Kriegsende Erträge ab, die annähernd der aus den laufenden Einkommen entstehenden Steuerschuld entsprachen. (In

den Inflationsjahren wurden die veranlagten Steuern stets in mehr oder weniger entwertetem Geld gezahlt.) Das Aufkommen an veranlagten direkten Steuern stieg daher im Jahre 1953 sprunghaft um 977 Mill. S oder 26%, wiewohl die Gewinne eher geringer waren als im Jahre 1952. Die günstige Gebarung im Jahre 1954 dagegen kam hauptsächlich dadurch zustande, daß der über lange Zeiträume nachweisbare Trend — im Vergleich zum Volkseinkommen — relativ steigender Staatsausgaben vorübergehend unterbrochen wurde. In den Jahren 1950 bis 1952 stieg das Bruttonationalprodukt zu laufenden Preisen — die reale Steigerung war viel geringer — um durchschnittlich 24% pro Jahr und der Aufwand des Staates um 33%. Im Jahre 1954 dagegen blieb die Zunahme der Staatsausgaben mit 3% hinter der durch den Konjunkturaufschwung begünstigten Ausweitung des Sozialproduktes um etwa 10% zurück. Das hatte zur Folge, daß die Staatseinnahmen trotz Senkung der Einkommensteuer rasch wuchsen und die Ausgaben überflügelten.

Mit ähnlich günstigen Bedingungen, wie in den Jahren 1953 und 1954, ist künftig kaum zu rechnen. Die veranlagten direkten Steuern werden im Jahre 1955 auf Grund der verhältnismäßig niedrigen Gewinne 1953 eingehen und die geplante Ausweitung der Staatsausgaben um 10% geht offensichtlich über die bei konstanten Preisen mögliche Ausweitung des Nationalproduktes hinaus. Unter diesen Umständen werden die laufenden Einnahmen des Staates vermutlich nicht mit den Ausgaben Schritt halten können.

Andererseits dürfte es gegenwärtig nicht schwer fallen, einen Gesamtabgang in der Größenordnung des außerordentlichen Budgets zu finanzieren. Der Bund hat im Jahre 1954 vorsorglich in größerem Umfange Anleihen aufgenommen, die er heuer dank der kräftigen Steigerung der laufenden Einnahmen nicht benötigte und daher für Investitionen im kommenden Jahre bereitstellen kann. Außerdem sind die Kreditinstitute gegenwärtig und voraussichtlich auch im kommenden Jahr noch so flüssig, daß der Staat mühelos neue Anleihen bei den Kapitalsammelstellen unterbringen könnte. Wie immer aber der Gesamtabgang finanziert wird — aus Kassenreserven, durch alte oder neue Anleihen —, konjunkturpolitisch gesehen dürften jedenfalls die nicht durch laufende Einnahmen finanzierten Ausgaben des Staates expansiv wirken. Sie werden zusätzliche Einkommen schaffen, ohne daß durch die Aufbringung der Mittel die private Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern geschmälert wird.

Die vom Budget 1955 zu erwartenden Konjunkturimpulse werden voraussichtlich zu annähernd gleichen Teilen der Konsumgüter- und der Investitionsgüterphäre zugute kommen. Dafür spricht, daß von den Mehrausgaben im Bundesvoranschlag 1955 je die Hälfte auf Investitionen und Personalausgaben entfällt, die großteils für Konsumzwecke verausgabt werden dürften. Auch die Ermäßigung der Einkommensteuer wird Konsum und Investitionstätigkeit beleben. Während sich jedoch die zusätzlichen Konsumausgaben auf viele Waren und zahlreiche Wirtschaftszweige verteilen, konzentrieren sich die zusätzlichen Investitionsgüteraufträge auf einige wenige Investitionsgüterindustrien. Da gegenwärtig auch die pri-

vate Wirtschaft zu lebhaften Investitionen neigt und der Wohnungsbau aus sozialpolitischen Gründen forciert wird, ist es fraglich, ob die Kapazitäten der Investitionsgüterindustrien ausreichen, die Aufträge zu konstanten Preisen auszuführen. Das gilt vor allem für die Bauwirtschaft, der der Großteil der öffentlichen Investitionen zugute kommt und die bereits in diesem Sommer nicht mehr allen Anforderungen entsprechen konnte. Unter diesen Umständen liegt es nahe, künftig den Preisen und Auftragsbeständen in den Investitionsgüterindustrien, vor allem im Baugewerbe, besonderes Augenmerk zuzuwenden, damit eine Übersteigerung der Konjunktur in diesen Zweigen rechtzeitig vermieden werden kann.
